

ST. GALLENKIRCH

## Anscheinend positiver Bescheid für Speichersee

BH gibt vermeintlich grünes Licht zum Bau des Speichersees am Schwarzköpfele. Reaktionen sind geteilt.

Medienberichten am Mittwoch zufolge ist der Bau des umstrittenen Speichersees am Schwarzköpfele im Montafon genehmigt worden. Eine endgültige Bestätigung lag am Mittwoch allerdings noch nicht vor. Der zuständige Bezirkshauptmann Johannes Nöbl war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Die Verantwortlichen der Silvretta Montafon GmbH (SiMo) planen einen Speichersee mit einem Fassungsvermögen von 307.200 Kubikmetern, um Wasser für die Beschneidung des Skigebiets zu speichern. Das Umwelt- und Raumplanungsgutachten für das Projekt war negativ ausgefallen. Um die Sinnhaftigkeit des Vorhabens entstand eine hitzige Diskussion. Während Kritiker einen massiven Eingriff in die Natur befürchten, argumentieren Befürworter mit wirtschaftlicher Notwendigkeit. Vonseiten der SiMo waren bereits Vorarbeiten unternommen worden, noch ehe es entsprechende Genehmigungen gab. Ein Strafverfahren ist dazu noch bei der BH anhängig. Dass nun der endgültige Bescheid für den Speichersee positiv ausfallen dürfte, bestätigten die Reaktionen der Parteienvertreter indirekt. VP-

Klubobmann Roland Frühstück und VP-Wirtschaftssprecherin Monika Vonier teilten in einer Aussendung mit, dass das „ja“ der Behörden dem Montafon wichtige Entwicklungsperspektiven eröffne. FP-Tourismus-sprecher Hubert Kinz ließ in einer Aussendung zum Thema wissen, dass „die Vernunft gesiegt“ hätte. Der positive Bescheid sei ein wichtiges Signal zur Stärkung der gesamten Region.

„Grenzen respektieren“. Weniger erfreulich sehen die Grünen das vermeintliche o.k. für den Bau des Speichersees. Sie hatten sich gegen das „überdimensionierte“ Beschneidungsprojekt ausgesprochen. Eine Entwicklung hin zu einem nachhaltigen Tourismus werde damit wesentlich erschwert, heißt es in einer Reaktion. „Auch der Tourismus muss Grenzen respektieren und Naturschutz ernst nehmen“, sagt Hanna Simons, Leiterin der Natur- und Umweltschutzabteilung des WWF Österreich. Vonseiten der Naturschutzorganisation wird die „Kurzsichtigkeit“ solcher Tourismusprojekte, die weitreichende Folgen für Natur und Klima hätten, kritisiert. **RB**



Am Schwarzköpfele im Montafon ist ein Speichersee geplant. ARCHIV

## Empfehlungen

Empfehlungen des Landes-Rechnungshofs werden von Landesseite meist umgesetzt. Kommunen hinken hinterher.

Von Rubina Bergauer

Wir sind ein Kontrollorgan und es jubelt wohl kaum einer, wenn wir kommen“, gab Landes-Rechnungshof-Direktorin Brigitte Egger-Bargehr eine Selbsteinschätzung bei der Präsentation des Evaluierungsberichts am Mittwoch. Die zu überprüfenden Stellen – besonders im Gemeindebereich – reagierten oft mit Unsicherheit. „Deswegen ist Aufklärung ein wichtiger Aspekt unserer Arbeit für den wir uns auch viel Zeit nehmen“, erklärte Egger-Bargehr. So werde die Hilfestellung und Beratungstätigkeit durch das Team des Landes-Rechnungshofs (RH) schließlich von den meisten anerkannt.

**Zukunftsfonds aufgelöst.** Der Evaluierungsbericht wird von den Verantwortlichen des RH alle drei Jahre vorgelegt und zeigt, dass dessen Empfehlungen zum größten Teil umgesetzt werden: In den Jahren 2014 bis 2016 wurden in zehn Prüfberichten insgesamt 218 Empfehlungen an Land und Gemeinden ausgesprochen, 90 Prozent davon wurden umgesetzt oder aufgegriffen. So seien im Landesbereich beispielsweise nachhaltige Verbesserungen durch Strukturanpassungen erzielt worden, führte Egger-Bargehr an. Konkret geschah dies unter anderem durch die Fusionierung von drei Gesellschaften beim Institut für Sozialdienste oder den Zusammenschluss von drei gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten. Zur Auflösung des 45 Millionen Euro schweren



Zukunftsfonds des Landes und zur Überführung des Geldes in die allgemeine Haushaltsrücklage merkte Egger-Bargehr an, dass die Landesregierung nun den überwiegenden Teil davon in eine Anleihe umzutauschen beabsichtige. Damit solle das Kernkapital der Hausbank – der Hypo Vorarlberg Bank AG – gestärkt werden. „Das ist nicht rechtswidrig, wir würden uns allerdings die Prüfung von Alternativen wünschen“, formulierte es Egger-Bargehr. Handlungsbedarf sieht sie auch bei der Förderkontrolle im Kulturbereich. „Sollte eine nicht widrigungsgemäße Verwendung vorliegen, muss auch eine Rückforderung von Fördergeldern durchgeführt werden“, mahnte sie.

Allgemein sei der Umsetzungsstand von Landesseite deutlich höher als jener in den